

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundpreis für 22 mm breite man-Belle im Anzeigenteil 14 Rpf. Nr. 70 mm breite man-Belle im Anzeigenteil 22 Rpf. Nachst. nach Größe d. Anzeigenpreise: Nr. 5. Driefelder für Druckanzeigen 30 Rpf. ausst. Porto. Für Anzeigungen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugpreise: Bei ihrer Zustellung ins Haus 2,00 RM. einst. Trügerlich monatlich. Postbezug monatlich 2,00 RM. einst. 45 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Postadresse: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27951-27953 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktorstr. 4a; Fernruf: Aurfürh 9361-9365
Verlag: Dresden 2060 - Nichtverlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Auftrags

Nr. 129

Mittwoch, 5. Juni 1935

43. Jahrgang

Beginn der Flottenbesprechungen

Neue italienisch-abyssinische Zwischenfälle - Die Pläne des neuen französischen Finanzministers

Ein Abschwächungsversuch

Sonderbare Erklärung des Erzbischoflichen Ordinariats Breslau

Bericht untrer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 4. Juni

Die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt sich seit einigen Wochen lebhaft mit den Demissionen von Kardinalen des Ordens der Missionen. In mehr Einzelheiten aus den Prozeduralen bekannt wurden, desto größer wurde die allgemeine Empörung über die Verletzung der Demissionen. Jeder Deutsche weiß, daß die Verletzung der Demissionen, die zum wachsenden Schande der deutschen Kirche und des deutschen Volkes erhoben worden sind, eine volkschädigende Handlung darstellt, bei der sich der Eigenname in freventlicher Form am Gemeinwohl verstoßt. Deshalb müssen auch die bisher von den Verleumdern gegen Kardinalen geübte Verleumdungen gegen Kardinalen als dumm und nichtig, notwendig und volkschädigend angesehen werden. Dies geht allein um die Frage, ob die im Interesse der deutschen Kirche verübten Verleumdungen einsehbar werden oder nicht. Anders hat mit der Angelegenheit nichts zu tun. Deshalb muß eine Erklärung in der „Germania“ veröffentlicht, dann von der „Katholischen Volkszeitung“ und vom „Berliner Tagblatt“ übernommene Erklärung des Erzbischoflichen Ordinariats in Breslau an den Demissionen größtes Befremden erregen, weil sie nicht bei der Sache selbst bleibt, vielmehr verschwommen alle möglichen anderen Ermahnungen, die ihr offenbar aus dem Herzen liegen, beizuliegen. Diese Erklärung beginnt mit folgenden Sätzen:

„Die vorerwähnten Verleumdungen der Demissionen werden auch kirchlich nicht erwidert, wobei die Frage, ob aus Unkenntnis oder infolge Irrführung feindseliger Personen geschandelt ist, der Prüfung der Einzelfälle überlassen bleiben muß. Gleiches gilt von der weiteren Frage, ob mildernde Umstände aus dem pflichtmäßigen Streben nach Abwendung der sehr schlimmen Folgen einzelner Missetaten heranzuleiten sind.“

Schon aus diesen Einleitungsätzen, in denen von der „Mißbilligung“ der „Verleumdungen“ die Rede ist, ist zu erkennen, daß es dieser sonderbaren Erklärung gar nicht darauf ankommt, von dem unverantwortlichen Treiben, der verurteilten Verleumdungen abzurufen, daß sie vielmehr aus der Rücksicht geschrieben worden ist, den wahren Tatbestand zu verzerren und Unklarheiten zu schaffen. Deshalb spricht man auch von „vorgeworbenen Verleumdungen“, die von Verleumdern, um die es sich schließlich handelt. Sehr bezeichnend ist auch die Einleitung der Frage nach mildernden Umständen. Die abschließlich in eine rhetorische Frage geformte Ermahnung, ob mildernde Umstände, „aus dem pflichtmäßigen Streben nach Abwendung der sehr schlimmen Folgen einzelner Missetaten heranzuleiten sind“, offenbar eine geradezu peinliche Rechtfertigung.

Die Erklärung des Erzbischoflichen Ordinariats in Breslau ist auch von der katholischen Zeitung „Dresdener“, der „Katholischen Volkszeitung“, veröffentlicht worden. Die Landesstelle Sachsen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda hat daraufhin den Hauptgeschäftsführer des Blattes, Georg Winkler, vorläufig zur Disposition gestellt.

Salonbolschewiken in Philippopol verhaftet

Sofia, 4. Juni

Die Politische Staatspolizei hat in Philippopol 40 Juden verhaftet, die Mitglieder der von einer Woche angeordneten kommunistischen Versammlungsstellen waren. Ein nicht geringes Teil dieser jüdisch-marxistischen Versammler sind sehr wohlhabende Leute, die der Polizei schon seit längerer Zeit als sogenannte Salonbolschewiken bekannt waren. Während sie auf der einen Seite ein gepflegtes Leben führten, halfen sie auf der anderen Seite der Arbeiterklasse gegen die Staatsordnung. Die Verhaftungen wurden große Mengen Geldscheine und zum Hochverrat aufzufordernde Flugblätter ausgehoben.

Blätter wurden insgesamt 70 jüdische Kommunisten dingelt gemacht, die sich auf Grund des Gesetzes zum Schutz des Staates zu verantworten haben werden.

Freie und offene Diskussion

Londoner Meinungen zur deutsch-englischen Flottenausprache

Telegramm untrer Korrespondenten

A. London, 4. Juni

Genau morgen um 10 Uhr begannen im englischen Außenministerium die deutsch-englischen Flottenbesprechungen. Auf deutscher Seite nahmen teil Vizeadmiral v. Ribbentrop, Admiral Schuler, Korvettenkapitän Kiderlen und der deutsche Marineattaché in London, Kapitän Mahner. Die englischen Vertreter sind der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office, Craigie, der stellvertretende Chef des Marinebureau, Vizeadmiral Vittle und Kapitän Dandridge. Im Beginn der Besprechungen begrüßte der englische Außenminister Sir John Simon die Flottenbesprechungen im Namen der britischen Regierung. Unmittelbar darauf wurde in die Flottenbesprechungen eingetreten. Im Laufe des ersten Tages hatte der Führer der deutschen Delegation, Herr v. Ribbentrop, dem englischen Außenminister Sir John Simon, dem Vizepräsidenten MacDonald und dem Ersten Vizepräsidenten seinen Besuch abgebetet.

Wenn man in England den jetzt einleitenden deutsch-englischen Flottenbesprechungen das allerhöchste Interesse entgegenbringt, so liegt die englische Grundhaltung den deutschen Forderungen gegenüber doch weiterhin zurückhaltend. In Flottenfragen liegen die Engländer besonders vorzügliche Untergründe zu sein. Sooft die deutschen Forderungen erwähnt werden, vertritt man sie hinsichtlich, daß England die deutschen Forderungen nicht als „Disputationsgrundlage“ angenommen habe. In einer Beziehung ist man in

London aber optimistisch. Man glaubt zu wissen, daß die deutschen Delegierten mit aller Offenheit verhandeln wollen und ihre Karten auch offen auf den Tisch legen werden. Die „Times“ widmen den Besprechungen einen eigenen Leitartikel, den sie mit der Versicherung einleitet, daß England eine freie und offene Diskussion wünsche, und daß alle Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten offen vorgetragen werden sollten, denn der größte Feind der Verständigung sei die Geheimnisträgerei. Die deutschen Forderungen seien praktisch auf Flottengleichheit in den europäischen Gewässern hinaus. Aber, so fährt das Blatt fort, Oiler habe mit aller Deutlichkeit erklärt, daß er eine allgemeine englische Flottenüberlegenheit angestrebe und ein Wettrennen nicht beginnen wolle. Die „Times“ ärgern sich nicht einmal über das von seiner Reichstagsrede mit dem der Führer der Notwendigkeit einer größeren englischen Flotte hervorgehoben. Soweit, meint das Blatt, dürfte es nur unbedeutende Schwierigkeiten geben, zu einer Verständigung in der Flottenfrage zu kommen. Aber das Verhältnis zwischen den beiden Flottenmächten werde bei der Vergleichung von Flottenstärken in anderen Fällen verlagert. Bei den deutsch-englischen Besprechungen dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß bei irgendwelchen offiziellen Verhandlungen, die den letzten Vorbereitungen nachfolgen würden, auch die Flottenstärken der anderen Mächte in Rechnung gestellt werden müßten. England, so schreiben die „Times“, habe bereits mit Frankreich, Japan und den Vereinigten Staaten vertragliche Abmachungen getroffen. Es sei nicht zwecklos, ein Abkommen mit Deutschland abzuschließen, ohne diese Abmachungen zu berühren.

Botschafterempfang in Paris

Telegramm untrer Korrespondenten

H. Paris, 4. Juni

Außenminister Paval empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter, Roland Döberl, und im Anschluß daran den russischen Botschafter, Potemkin. In der Besprechung mit dem russischen Botschafter kam nach dem Bericht der Pariser Blätter unter anderem die Frage der russischen Währungsreform zur Sprache. Die Stellungnahme der französischen Blätter zu diesem Zeitpunkt ist nicht einheitlich. Während man in Paris und Rom durchaus bereit erscheint, über den russischen Fall getrennt von den übrigen Punkten zu verhandeln, tritt eine große Anzahl französischer Zeitungen nach wie vor gegen eine solche Währungsreform ein. So heißt es beispielsweise heute im „Quotien“: „Neben uns, verhandeln wir, aber neben uns, dem Zeitpunkt keine einseitige Untergründe, ohne daß Berlin nicht auch den übrigen An-

forderungen der Londoner Erklärung vom Februar (d. h. selbstverständlich dem Inhalt und dem Tonabkommen) nachgeben hat. Das heißt: man will in Frankreich zwar unter Umständen über den russischen Fall verhandeln, aber nur im Zusammenhang mit den anderen Punkten abschließen.“

Eine große Rolle spielt in der französischen Presse zur Zeit auch der Gedanke an einen Ökypakt in neuer Form, das heißt ohne die gegenseitige Disziplinierung. Wie weit es sich dabei um tatsächliche Verhandlungen handelt, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Infolge der Pariser Kabinettstrennung wurde übrigens auch die Rolle des russischen Außenministers Litwinow nach Paris erneut verschoben. Ein genauer Zeitpunkt ist zur Stunde noch nicht bekannt.

Wird Baldwin auch Außenminister?

Telegramm untrer Korrespondenten

A. London, 4. Juni

Die innerhalb der Parteien abgeführten Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts sind jetzt so weit gediehen, daß Baldwin am Freitagabend dem König die neue Ministerliste überreichen wird. Es gilt jetzt als sicher, daß Eden das auswärtige Amt doch nicht übernehmen wird. Der am meisten genannte Kandidat für die Nachfolge Sir John Simons bleibt der Außenminister Sir Samuel Hoare. Inzwischen ist aber auch der Plan aufgetaucht, Baldwin selbst in aber auch der Plan aufgetaucht, Baldwin in selbst auch mit der Ministerpräsidentenwahl auch nach mit dem Außenministerium zu betrauen. In diesem Falle würde Eden seine gegenwärtige Position als englischer Vizekonsul in Paris behalten als Vizearbeiter europäischer Anknüpfungspunkte behalten.

Generalfreie auf der Insel Man

Telegramm untrer Korrespondenten

A. London, 4. Juni

Auf der westlichen Inseln und Irland gelegenen Insel von Man ist es wegen Vollstreckung eines Generalstreiks gekommen. Der gesamte Eisenbahn- und Omnibusverkehr ist eingestellt und das öffentliche Leben stillgelegt. Erst nach langen Ver-

handlungen haben sich die Arbeiter bereit erklärt, den Eisenbahnen Strom zu liefern. Auf der Insel, die ein weitestgehendes Unruhegebiet ist, herrscht völlige Chaos. Tausende von Urlaubern verharren, mit den nächsten Schiffen nach England zurückzufahren. Es ist bereits mehrfach zu Zusammenstößen gekommen, weil die streikenden Arbeiterwillige an der Arbeit zu verhindern suchten.

Stupschina ohne Oppositionsparteien

Belgrad, 4. Juni

Die neugewählte Stupschina trat Montag unter dem Vorsitz des ältesten Abgeordneten Stema Janković zum ersten Male zusammen. Die Deputierten Sitzung hieß der Sitzungszimmer. Der lehrliche Flügel der Opposition hat sich also der französischen Auffassung angeschlossen. In der Presse wird über die Agrarreform Besprechungen, in der die Haltung der Opposition festgelegt wurde, nicht berichtet.

Die Opposition unter Führung des irakischen Bauernführers Dr. Waschek hat erklärt, daß sie sich nicht an der Regierung beteiligen wird. Die Deputierten der nationalen jugoslawischen Einheit fortsetzen werde. In jugoslawischen Regierungskreisen vertritt man die Ansicht, daß die Mitglieder der Opposition sich des Führers nicht bedürftig gemacht haben, nachdem sie in ihrer Verfassung ihre Auffassung kundtun verstanden haben, daß das in Belgrad tagende Parlament nicht das Volk vertritt. Die Opposition fordert Auflösung des Belgrader Parlaments und sofortige Neuwahlen.

Unter blauen Wimpeln

Obne daß es noch an den sichtbar hervortritt, sind leicht im ganzen Reich und in zahlreichen ausländischen Gebieten die Vorbereitungen für die kommende Jahresfeier der deutschen Volksgemeinschaft im Gange. Die der Volksgemeinschaft für das Deutschland im Ausland (VGA) an den Vinschlingen in Rom in der Verantwortung. Jung und alt rücken für die Feier nach Deutschland. Nach den bisherigen Anmeldungen werden rund 5000 Besucher sich unter den blauen Wimpeln des VGA in Rom einfinden. Sie sind die Abteilenden des Volksgemeinschaft in aller Welt und bringen bei der ständigen Zusammenkunft in Deutschland die einzige Zusammenkunft der deutschen Stämme und Volksglieder zum Ausdruck.

Das ist keine „Vereinsangelegenheit“, die nur „Wirtshaus“ etwas anmacht, sondern sie wendet sich an jeden von uns, weil es eine Sache der deutschen Nation ist. Der VGA ist das sammelnde und formende Organ für all die im deutschen Volkstum aller Völkergemeinschaft wirkenden Kräfte der bismarckischen, kulturellen und idealen Zusammengehörigkeit. Nicht jeder Deutsche im Reich oder im Ausland ist Mitglied des Volksgemeinschaft, aber für einen jeden können und brauchen ist dieser am Werk, weil wir alle in der Volksgemeinschaft des Volkes, der Kultur und der Idee hinein-gehören sind. Die Volksgemeinschaft hat den Namen des deutschen Volkstums auf der Erde trägt und in deren Dienst der VGA steht. So kann man sagen, daß die Romaabnehmer eine Volksgemeinschaft für jeden Volksgemeinschaft im Reich und in fremden Staaten darstellen, indem sie auf dem Weg der Vereinigung und Erhaltung, wie weil ein jeder bemüht ist als Angehöriger der Erde ungeschieden volksdeutsches Blutbrüderlichkeit fühlte und führt.

Wir haben es in der Nachkriegszeit erfahren, was „deutsches Volk“ und was „deutscher Staat“ heißt. Im Sinne von Versailles und Weimar lebten die nicht völkergemäße Staat und das hat sich von uns leidet Volksgemeinschaft zusammenfassende Volk nebeneinander her. Unser Staatswesen, eine künstliche Konstruktion nach europäischen Vorbildern, war uns am fremdesten gerade zu der Zeit, als das deutsche Volkstum aus dem Eigenen heraus neu erstand, und so eng der Staatbedarf der uns verwirklichte „Demokratie“ war, so weit dehnte sich die deutsche Volksgemeinschaft aus. Aus den Verträgen der Weimar, der Einteilung und leidet Volksgemeinschaft herkommen, hat die Idee der Volksgemeinschaft in den schlimmsten Nachkriegsjahren, als es am besten um den deutschen Staat bestellt war, ihren alle Deutschen ererbenden und unerschütterlichen Stützpunkt angetreten. Jenseits der nationalen Wanklinie entdeckte das deutsche Volkstum im Mittelalter sich selbst, und aller Verfall der Welt zum Trost wurde die volksdeutsche Idee zur mächtigen Klammer für alle Deutschen auf der Erde. Unter den vielfältigen Rufen und Bedrängnissen, denen der deutsche Name ausgesetzt war, riefte alles Deutsche, so sehr es räumlich zerstückelt und auseinandergerissen war, ideal zusammen. Ein avanteamus Schicksal hatte alle deutsche Macht verschlungen, verachtet, beehrte der schwächliche deutsche Staat dagegen auf: da legte der im deutschen Volkstum von dem Trud der Verwirrungsmomente der anderen ausgehende Selbstbehauptungswille ein.

Ersther hat sich bei uns viel gewandelt. Das deutsche Volk hat sich den neuen deutschen Staat geschaffen. Adolf Hitler, vom Volke ausgesucht, hat ihn verwirklicht. Die Welt kann unsere nationalsozialistische Staat nicht eher verstehen, als sie bereit ist, seine Entscheidung als das Ziel der Feindigen, langen und beschwerlichen Wege zu bezeichnen, die das deutsche Volkstum nach 1918 gehen mußte, und nicht zuletzt unter dem Blick von Versailles zu sehen erkennen war. Das deutsche Volk hat sich das neue Deutschland erarbeitet. Zwangsmaßnahme losgerissen, oder besser gesagt: brutal festgehalten von der Unmacht der Sieger des Weltkrieges, haben wir dabei ganz auf uns selbst verlassen und waren dadurch geradezu gezwungen, unsere eigene Art zu überdenken und uns nur auf sie zu verlassen. Wir haben es zu sehr auf eigenen Verleumdungen, was es mit unserem Staat und Volk auf sich hat; unsere Erkenntnis haben wir nicht erkannt, daß das wir und von anderen Staaten oder Völkern, die nicht soviel durchgemacht haben in den letzten Jahrzehnten, noch hinterfragen dürfen. Aber anzulehnen haben wir als Mitglied der Völkergemeinschaft verpflichtet zu sein, unsere Erkenntnis nicht nur zu unserem eigenen Nutzen zu verwenden, sondern wir vertreten sie auch im Dienste der Volksgemeinschaft und Volksgemeinschaft gegenüber der Welt.